

**Rede zum Antrag auf Nichtentlastung der Mitglieder des Vorstands der Allianz SE  
für das Geschäftsjahr 2015 – Gegenantrag zu Tagesordnungspunkt 3 – am 4. Mai 2016**

*Stand: 3.5.2016*

*– Es gilt das gesprochene Wort –*

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre, sehr geehrte Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat,

mein Name ist Michael Nann und ich spreche heute für den Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre sowie als Mitglied der Nahost-Kommission der internationalen katholischen Friedensbewegung pax christi, Deutsche Sektion.

Zum vorliegenden Gegenantrag (zum Tagesordnungspunkt 3) will ich die Begründungen zur geforderten Rücknahme der Investitionen in Elbit Systems sowie Hanson Israel Ihnen sehr gerne darlegen.

### **HeidelbergCement**

Die Allianz hält im Rahmen ihrer Vermögensverwaltung entweder selbst oder im Auftrag Dritter Aktien an dem israelischen Konzern Hanson Israel, einem Tochterunternehmen von HeidelbergCement. Hanson Israel steht international in der Kritik im von Israel besetzten Westjordanland einen Steinbruch, zwei Betonwerke sowie ein Asphaltwerk zu betreiben. Damit beteiligt sich das israelische Unternehmen direkt an der dortigen Besatzungsökonomie.

Der Staat Israel als Besatzungsmacht ist verpflichtet, sich an das Humanitäre Völkerrecht zu halten. Artikel 1 der Vierten Genfer Konvention (von 1949) verpflichtet alle Staaten, für die Durchsetzung der Einhaltung des geltenden Völkerrechts Sorge zu tragen. Nach dieser Konvention sind der Lebensraum und die Institutionen der ansässigen Bevölkerung vor willkürlicher Enteignung, Zerstörung und Besiedlung durch die Besatzungsmacht geschützt. Nach der Haager Landkriegsordnung (von 1907) ist es einer Besatzungsmacht eindeutig verboten, feindliches Eigentum wegzunehmen oder zu zerstören und sich Rohstoffe aus besetzten Gebieten anzueignen. Dies ist gültiges und geltendes und damit auch verbindliches Völkerrecht – und durchgehend die Position der internationalen Gemeinschaft, ob der UNO, EU, USA, Deutschlands, des Internationalen Gerichtshofs für Menschenrechte oder des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte.

Führende skandinavische Pensionsfonds und Lebensversicherer, wie KLP aus Norwegen, AP7 aus Schweden und PFA aus Dänemark, haben unlängst sämtliche Beteiligungen an HeidelbergCement vollständig beendet, da sie die durch den Konzern – sprich durch Hanson Israel – betriebene Ausbeutung natürlicher Ressourcen auf besetztem Gebiet für völkerrechtswidrig und unvereinbar mit den eigenen Richtlinien für verantwortungsvolles Investieren halten.

Der Vorstand der Allianz hat sich im Geschäftsjahr 2015 daran kein Beispiel genommen. Für die Zukunft sollte die Allianz die derzeitigen Investitionen von ca. 35 Millionen Euro in HeidelbergCement vollständig zurückziehen. Die Allianz vertritt den Standpunkt, dass die Beurteilung, ob ausländische Beteiligungsgesellschaften von HeidelbergCement mit ihren geschäftlichen Aktivitäten gegen geltendes Recht verstoßen, den zuständigen nationalen und internationalen Gerichten obliegen. Selbst wenn man diese Position einnimmt, entbindet es ein Unternehmen nicht davon, selbst eine Beurteilung der geschäftlichen Aktivitäten dieser Beteiligungsgesellschaften vorzunehmen und diese mit den eigenen Unternehmensstandards und Richtlinien abzugleichen und daraus Konsequenzen zuziehen.

### **Elbit**

Ähnlich verhält es sich mit dem israelischen Unternehmen Elbit Systems. Das größte Hindernis für den Friedensprozess zwischen Israelis und Palästinensern ist die andauernde Besatzung. Selbst wenn man die Besatzung als vorübergehende Maßnahme toleriert, gibt es – wie bereits dargestellt – Regeln für eine Besatzungsmacht. Ein Symbol dafür sind die Sperranlagen zwischen dem Staat Israel und den palästinensischen Gebieten. Diese gelten nach internationalem Recht als illegal; auch EU und Bundesregierung schließen sich dieser Rechtsauffassung an. Die Firma Elbit Systems ist für die Sicherheitstechnik an diesen Sperranlagen verantwortlich und profitiert damit direkt an diesen völkerrechtswidrigen Maßnahmen. Die Allianz Asset Management sind mit knapp 35 Millionen Dollar der zweitgrößte institutionelle Anleger, (nach der Vanguard Group mit 38 Millionen). Ein Unternehmen wie die Allianz, die sich ethischen Richtlinien verpflichtet weiß, kann eine solche Firma nicht durch Investitionen (sein es direkte oder indirekte) unterstützen. Die Sperranlagen trennen palästinensisches Gebiet und Menschen, die dort leben, werden dadurch von ihrem Landbesitz und von Infrastruktur (z.B. in Ostjerusalem) abgeschnitten. Die Investition in die Firma Elbit ist eine direkte Unterstützung dieser Politik.

Vor diesem Hintergrund bitte ich Sie um die Beantwortung der folgenden Fragen, die ich Ihnen zu Beginn der Hauptversammlung übermittelt habe:

- Ist der Vorstand der Allianz gewillt, seinen Kundinnen und Kunden in Zukunft aus ethischen Gründen von einem Engagement bei Elbit Systems dringend abzuraten? Und wird er alles in seiner Macht Stehende unternehmen, um diese Investition abzubauen?
- Wird der Vorstand der Allianz die derzeitigen Investitionen in HeidelbergCement und damit auch in Hanson Israel vollständig zurückziehen, auch um weiteren Schaden vom Unternehmen und den Aktionärinnen und Aktionären fernzuhalten?

Ich darf um Beantwortung meiner Fragen bitten und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.